

Demokratie am Kap: Südafrika ein Jahr vor den Wahlen

Auch vier Monate nach dem Wahlparteitag des regierenden *African National Congress* (ANC) beschäftigen sich Kommentatoren in den Medien und politische Analysten fast täglich mit Interpretationsversuchen über die Auswirkungen des Wechsels in der Parteiführung auf die Politik und die Demokratie in Südafrika. War es bisher Tradition im ANC, die Besetzung von Spitzenämtern in der Partei zuvor auszuhandeln, fand beim 52. Parteitag im vergangenen Dezember eine Kampfabstimmung statt. Das politische Lager um Staatspräsident Thabo Mbeki wurde in der Parteiführung praktisch komplett ausgetauscht. Mit wenigen Ausnahmen, wie bspw. Finanzminister Trevor Manuel, trifft das auch für die Mitglieder seiner Regierung zu. Jacob Zuma wurde vor allem vom linken Flügel in der Dreierkoalition - der ANC *Youth League*, der ANC *Womens' League*, dem Gewerkschaftsdachverband COSATU und der *South African Communist Party* (SACP) - unterstützt und mit großer Mehrheit zum Parteipräsidenten gewählt. Im sechsköpfigen Führungsgremium der Partei befinden sich ausschließlich Gefolgsleute von Jacob Zuma. Eine klare Mehrheit für das Zuma-Lager besteht auch im achtzig Mitglieder zählenden *National Executive Committee* (NEC).

Tatsächlich sind als Konsequenz aus dem Wahlergebnis des Parteitags in Polokwane zwei Machtzentren entstanden; im Luthuli Haus in Johannesburg, der Parteizentrale des ANC, und den *Union Buildings* in Pretoria. Aufgrund der Einparteiendominanz des ANC auf allen politischen Ebenen beansprucht der gewählte Parteipräsident Einfluss auf die Regierungspolitik und verlangt, dass die Regierung unter Staatspräsident Mbeki die Parteitagbeschlüsse umsetzt. Der

ANC sei das „strategic political centre that directs and guides its ´deployees´ across the political spectrum“, heißt es dazu im Statement des *Lekgotla*, einem dreitägigen NEC-Treffen, das der ANC Mitte Januar abhielt. Im Klartext würde das einem imperativen Mandat für alle ANC-Mandatsträger entsprechen.

Andererseits sind der Präsident und sein Kabinett bis zu den Wahlen im April 2009 im Amt. Thabo Mbeki ignoriert die ihm quasi auferlegte Verpflichtung zur Teilnahme an Zusammenkünften der Parteiführung weitgehend. Erkennbar ist die Absicht des Staatspräsidenten, nicht Teil der NEC-Beschlüsse zu werden, um sich damit ein Stück Unabhängigkeit von der eigenen Partei zu bewahren. Zugleich scheint das der Versuch zu sein, die Handlungsfähigkeit seiner Regierung zu demonstrieren und den in den Medien und in der Öffentlichkeit diskutierten Wandel zur „lame duck“ zu widerlegen.

Mbeki spielte seine Möglichkeiten aus und demonstrierte seine Macht als Staatspräsident, als die Partei darauf drängte, den neu gewählten NEC in der Exekutive zu verankern. Derzeit sind die sechs Mitglieder des engeren Führungszirkels durch die ANC-*Chairperson*, Baleka Mbete, lediglich im Präsidium der Legislative vertreten. Deshalb wurde Mbeki gedrängt, den stv. Parteipräsidenten und ehemaligen Generalsekretär des ANC, Kgalema Motlanthe, zu seinem Stellvertreter zu ernennen. Das aber stößt auf Schwierigkeiten, da die Verfassung Südafrikas nur zwei Mitglieder im Regierungskabinett erlaubt, die nicht Mitglied des Nationalen Parlaments sind. Diese Quote hat Mbeki mit dem Minister im Präsidialamt, Essop Pa-

had, und dem Minister für Wissenschaft und Technologie, Aosibudi Mangena, ausgeschöpft. Selbst die Schaffung der Position eines zweiten Stellvertreters für den Staatspräsidenten wurde gefordert. Drei Tage nach seiner Rede zur Parlamentseröffnung jedoch sagte Mbeki in einem Interview mit *Independent Newspapers* dazu, dass kein Raum für eine Kabinettsumbildung gegeben sei und er auch nicht erkennen könne, dass ein Minister sein Amt nicht angemessen ausfülle.

Demokratiepolitisch bedenklich ist der Einfluss der neuen ANC-Führung auf die Legislative. *National Assembly Speaker* Baleka Mbete wurde in Polokwane zur Chairperson des ANC und damit in das engere Führungsgremium der Partei gewählt. Die Oppositionsparteien verlangten daraufhin, dass Mbete das Amt als *Speaker* des Parlaments aufgeben müsse, da sie dieses nicht mehr überparteilich ausüben könne. Baleka Mbete lehnt es ab, dieser Aufforderung, der auch hinsichtlich der Gewaltenteilung Bedeutung beizumessen ist, nachzukommen. Stattdessen übernahm sie zusätzlich den Vorsitz des einflussreichen politischen Ausschusses des ANC im Parlament. Das „political committee“ kontrolliert und steuert praktisch die gesamte politische Arbeit der ANC-Fraktion. Damit wurde eine direkte Einflusslinie vom *Luthuli House* auf die inhaltliche Arbeit der Parlamentsfraktion geschaffen. Das gilt umso mehr wegen des auch für die anstehenden Wahlen gültigen Verfahrens der Nominierung von geschlossenen Parteilisten durch die jeweilige Partei. Auch das „political committee“ wurde von der ANC-Führung neu besetzt. Nicht wieder gewählt wurden exponierte Vertreter des Mbeki-Lagers, u.a. die Vizepräsidentin Phumzile Mlambo-Ngcuka, der Präsident des Rates der Provinzen (*National Council of Provinces*, NCOP) Mninwa Mahlangu, der ehemalige amtierende *Chief Whip* Andries Nel, sowie die Bildungsministerin Naledi Pandor und Finanzminister Trevor Manuel.

Inzwischen gibt es weitergehende Personal Spekulationen, die auch durch Stellungnahmen aus dem ANC selbst genährt werden. Beim Parteitag in Polokwane wurde eine Resolution verabschiedet, nach der der ge-

wählte Parteipräsident zugleich der Kandidat für die Präsidentschaftswahlen sein soll. Bekanntlich muss sich Jacob Zuma im August 2008 vor dem Gericht in Pietermaritzburg einem Verfahren wegen Korruption und Bestechlichkeit stellen. In den Medien aber auch im ANC wird über das Mbeki-Lager hinaus gehend diskutiert, ob ein unter Anklage stehender Jakob Zuma Ende 2008 tatsächlich zum Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten nominiert werden kann. Als mögliche Alternative kommt immer wieder der Name seines Stellvertreters, Kgalema Motlanthe, ins Spiel. Falls Jakob Zuma, der derweil auf Goodwill-Tour im Land und auf internationaler Ebene unterwegs ist, nicht der genuine Kandidat werden sollte, dürften jedoch weitere mögliche Bewerber ins Spiel gebracht werden.

Es ist sicherlich überzogen, von einer Blockade der beiden Lager im ANC zu sprechen. Die frühere Befreiungsbewegung sieht sich jedoch in einen heftigen Machtkampf verstrickt, der sich bereits über ein Jahr hinzieht. Bis zu den Wahlen bleibt ein weiteres Jahr und die dann neu gewählte Regierung wird wohl einen wesentlichen Teil der Administration austauschen, was weitere Monate in Anspruch nehmen wird, bevor effektiv regiert werden kann. Aufgrund der Dominanz des ANC im politischen System ist dieser lange Zeitraum problematisch, zumal wichtige Herausforderungen umsichtiges und kraftvolles Regierungshandeln notwendig machen. In seiner *Speech to the Nation* anlässlich der Parlamentseröffnung am 8. Februar war Präsident Thabo Mbeki deshalb bemüht, Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Eine extrem hohe Kriminalität, die akute Energiekrise, hohe und weiter steigende Kindersterblichkeit, HIV/Aids sowie die Krise im Bildungssystem, eine profunde Qualifizierungslücke und gleichzeitig hohe Arbeitslosigkeit sind einige der zentralen Themen, die von den verantwortlichen Politikern der größten Volkswirtschaft Afrikas einer Lösung zugeführt werden müssen. Vierzehn Jahre nach den ersten demokratischen Wahlen leben noch immer etwa 40 % der Südafrikaner unterhalb der Armutsgrenze und der Gini-Koeffizient, der die Ungleichverteilung widerspiegelt, ist mit annähernd 0,7 einer der höchsten der Welt.

Demgegenüber sind ein stabiles Wirtschaftswachstum in den letzten fünf Jahren, ein Haushaltsüberschuss, Ansätze zur Ausweitung der Sozialversicherungssysteme und zusätzliche Anstrengungen in der Bildungspolitik ebenso wie das Engagement Südafrikas zur regionalen Integration sowie bei Friedenseinsätzen in der afrikanischen Region zu nennen. Als Schatten bleibt dabei jedoch die Zurückhaltung in Bezug auf das Mugabe-Regime im Nachbarland Simbabwe mit der sog. „quiet diplomacy“. Auch das Wachstum der Wirtschaft ist strukturell problematisch. Die Abhängigkeit des Landes von den Rohstoffexporten macht die Wirtschaft anfällig gegenüber internationalen Einflüssen. Eine Erhöhung der Sparquote, die weitere Diversifizierung der Wirtschaft in Richtung Produktion und Verarbeitung sowie eine sichere Energieversorgung sind unabdingbar, um das Land für internationale Investoren auch in Zukunft attraktiv zu halten.

In dieser Situation präsentiert sich die Opposition ein Jahr vor den Wahlen motiviert und ist bestrebt, inhaltliche und programmatische Alternativen in der politischen Debatte aufzuzeigen. Das trifft zuerst auf die *Democratic Alliance* (DA) zu, die unter Führung von Helen Zille programmatisch ein liberales Konzept der *Open Opportunity Society* propagiert. Auch die übrigen relevanten Oppositionsparteien stellen sich für die Wahlen im April 2009 neu auf. Die *Inkatha Freedom Party* (IFP) stellte Ende Januar ihr neues Parteiprogramm vor und präsentierte sich als erneuerte Partei mit nationalem Anspruch. Ebenso präsentieren die *Independent Democrats* (ID) und das *United Democratic Movement* (UDM) programmatische Konzepte und konfrontierten in den zurückliegenden Wochen die Regierungspartei mit Korruptionsfällen und einem Missbrauchsantrag gegenüber der Regierung angesichts der akuten Energiekrise.

Insgesamt ist jedoch die Opposition gegenüber der erdrückenden 70%-Mehrheit des ANC zu klein, um effektiv auf die Politikgestaltung einwirken zu können.

Dafür ist nicht zuletzt das Wahlrecht verantwortlich, das die ehemalige Befreiungs-

bewegung ANC als dominante Partei begünstigt. In Südafrika besteht ein reines proportionales Wahlrecht. Von den Parteien werden auf nationaler und Provinzebene geschlossene Parteilisten in einem parteiinternen Nominierungsverfahren erstellt. Der Wähler kann nur einheitlich auf beiden Ebenen für diese Listen stimmen. Die Kandidaten kommen in der von der Partei gesetzten Reihenfolge über die proportionale Auszählung zum Zuge. Eine Auswahl unter den Kandidaten ist für den Wähler nicht möglich. In der Konsequenz sind die Kandidaten der Parteien auf den Listen für den Wähler weitgehend anonym. Folglich kann eine Kandidatenkonkurrenz im Wahlkampf vor Ort nicht stattfinden, da es Wahlkreise mit direkt zu wählenden Kandidaten nicht gibt.

Ein gemischtes Wahlsystem wurde von dem *Electoral Task Team* (ETT) in 2002 als Reformprojekt vorgeschlagen. Die Oppositionsparteien fordern die Einführung eines gemischten Wahlsystems mit direkt über Wahlkreise gewählten Abgeordneten und eine proportionale Verteilung über Listen. Obwohl die Ausarbeitung eines Wahlgesetzes nach den ersten Wahlen 1994 für die folgenden Wahlgänge vorgesehen war, verweigert der ANC Verhandlungen mit den übrigen Parteien über dieses Vorhaben. Der Präsident des UDM, Bantu Holomisa, macht in einem Meinungsartikel in der *Sunday Times* vom 6. April dafür auch die *Independent Electoral Commission* (IEC) mitverantwortlich und stellt fest, dass die IEC nicht wirklich unabhängig agieren könne, solange diese institutionell und finanziell von der Regierung abhängig sei. Dies ist der Fall, obwohl die IEC zu den sog. *Chapter 9 Institutions* in der Verfassung zählt, die von dieser als unabhängig garantiert werden.

Begünstigt ist die Regierungspartei auch aufgrund des Fehlens einer Eintrittsklausel für Parteien ins Parlament. Die historisch erklärbar ausgeprägte Inklusivität der südafrikanischen Verfassung und des Wahlrechts führt in der Praxis zu einer starken Zersplitterung der Parteienlandschaft, was die Opposition zusätzlich schwächt. Die vom Parteitag in Polokwane nach langem Drängen der Oppositionsparteien beschlossene Abschaffung der sog. *Floor Crossing*-

Regelung, die Abgeordneten unter Mitnahme des Mandats in zwei festgelegten Zeiträumen innerhalb einer Legislaturperiode den Fraktionswechsel erlaubte, erhöhte in der Vergangenheit zusätzlich die Anzahl der Parteien im Parlament, da auch der Wechsel in Verbindung mit der Neugründung einer Partei möglich war. In Kombination mit einem geschlossenen Parteilistensystem ist eine *Floor Crossing*-Regelung anachronistisch. Nach deren Abschaffung besteht nun jedoch faktisch ein imperatives Mandat für die Abgeordneten im Parlament. Im kommenden Jahr wird erneut auf der Grundlage des bestehenden Wahlgesetzes gewählt. Das hat der ANC auf seinem Parteitag beschlossen.

Die Einparteiendominanz des ANC und das Wahlsystem führen zu einer überzogen starken Stellung der Exekutivgewalt in Südafrika. Die Abgeordneten sind als Folge der reinen Listenwahl mehr der Partei als dem Wähler gegenüber verantwortlich. Diese starke Abhängigkeit von der Partei und deren Beschlüssen lässt eine eigenständige Gewissensentscheidung des Abgeordneten kaum zu, es sei denn unter Inkaufnahme des Verlusts des Mandats als Abgeordneter bei den folgenden Wahlen. Die Unabhängigkeit des Abgeordneten und damit des Parlaments ist deshalb weitgehend eingeschränkt. Nur wenige starke Abgeordnete können sich die Unabhängigkeit leisten, gegen die Parteilinie zu stimmen, ohne politisch Schaden zu nehmen. Eine Reformdebatte zum Wahlrecht bleibt notwendig und sollte mit Blick auf 2014 konstruktiv geführt werden.

Problematisch ist das Vorhaben zu bewerten, in der verbleibenden Zeit bis zu den Wahlen noch insgesamt 102 Gesetze zu verabschieden. Obwohl nur noch 15 Sitzungstage des Parlaments im 2. Halbjahr vorgesehen sind, übernahm die Sprecherin des Parlaments, Baleka Mbete, diese Forderung aus der ANC-Führung, der sie selbst angehört. Zum Vergleich sei angeführt, dass in den ersten drei Jahren der Legislaturperiode 112 Gesetzesvorhaben debattiert und verabschiedet wurden. Das limitiert die Zeit für die Beratung der Gesetze im Parlament. Insbesondere die Opposition mit begrenzten

personellen Kapazitäten wird eine parteiinterne Beratung und solide Vorbereitung der Debatte in der *National Assembly* kaum bewältigen können. In ihrem weekly letter vom 4. April kritisiert die Vorsitzende der „official opposition“ DA, Helen Zille, diese Absicht scharf und wirft der Regierung vor, die Rolle des Parlaments als „rubber stamp“ zu sehen.

Zumindest einigen der zur Beschlussfassung anstehenden Gesetzesvorhaben kommt dabei eine herausragende Bedeutung zu. Regierung und Opposition haben dazu abweichende Positionen.

Der heftig umstrittene Beschluss des ANC-Parteitages, die Spezialeinheit zur Bekämpfung organisierter Korruption vor allem im öffentlichen Bereich (*Special Operations Directorate*, DSO) bis zum 1. Juni aufzulösen, ist eines dieser Gesetzesvorhaben. Staatspräsident Mbeki stemmt sich zwar gegen die Auflösung dieser Spezialeinheit, spricht sich jedoch zugleich dafür aus, diese in den *South African Police Service* (SAPS) zu integrieren. Dieser Schritt verändert die Qualität dieser spezialisierten Einheit grundlegend. Die *Scorpions* genannte Sondereinheit wäre dann nicht mehr der Zuständigkeit der Nationalen Staatsanwaltschaft (*National Prosecuting Authority*, NPA) unterstellt, sondern würde als Polizeieinheit etabliert. Die Unabhängigkeit der *Scorpions* ist damit nach Auffassung der Opposition in Frage gestellt. Der Beschluss des ANC ist politisch vor allem deshalb heftig umstritten, da die *Scorpions* sehr effizient arbeiteten und gewichtige Korruptionsfälle aufdeckten sowie der Strafverfolgung zuführten.

Der politische Analyst Steven Friedman fordert deshalb vor einer abschließenden Entscheidung auf der Grundlage der Verfassung einen Konsultationsprozess unter Einbeziehung der politischen Parteien, der Zivilgesellschaft und anderer Interessengruppen aus der Bevölkerung. Konsultationsprozesse entsprechen durchaus gängiger Praxis der Regierung und des ANC, wie das eingeleitete Anhörungsverfahren zur aktuellen Energiekrise und der beabsichtigten drastischen Strompreiserhöhung um mehr als 50% belegt.

Zwei weiteren wichtigen Gesetzesprojekten kommt eine ähnlich weit reichende Bedeutung zu. Der Entwurf für ein weitergehendes Enteignungsgesetz im „öffentlichen Interesse“ sieht ein Abrücken von dem in der Verfassung vorgegebenen Prinzip „willing buyer, willing seller“ vor. Dabei geht die Kompetenz der Festsetzung der Entschädigungsleistung in die Hände des zuständigen Ministeriums über und fällt damit allein in die Verantwortung der Exekutive. Weit auseinander gehende Positionen vertreten dazu die Union der Farmer, die den Gesetzentwurf für nicht verfassungskonform hält und Landreform-Aktivistinnen, die eine solche Gesetzesregelung als überfällig bezeichnen. Unterschiedlich sind dazu auch die Positionen der Parteien.

Die *Single Public Service Bill* sieht vor, die Bediensteten des öffentlichen Sektors dem *Ministry of Public Services* zu unterstellen und diesem die Kompetenz auch über die Provinz- und Kommunalbediensteten zu geben. Mit dem Argument der Effizienzsteigerung schlecht oder nicht funktionierender Stadt-, Gemeinde- und Provinzadministrativen wird damit eine Konzentration der Personalhoheit bei der Zentralregierung angestrebt. Richtig ist, dass die Qualifikationsdefizite der Gemeinde- und –zumindest teilweise- bei Provinzbediensteten verantwortlich dafür sind, dass zugeteilte Fördermittel aus dem nationalen Haushalt nicht sachgerecht verausgabt werden und damit nicht abfließen können. Mangel an „service delivery“ ist deshalb ein politisch heiß diskutiertes Thema. Allerdings muss bezweifelt werden, ob die Kompetenzverlagerung auf die Exekutive eine Problemlösung bringen kann. Die Konzentration der Personalhoheit auf der nationalen Ebene wird von der Opposition als ein erheblicher Eingriff in die föderale Struktur des Landes gesehen, die in der Verfassung mit dem *Three Sphere System* und der Verpflichtung zum *Cooperative Government* vorgegeben ist.

Einen besonderen Problemkreis stellen die Medienvielfalt und die Pressefreiheit dar. Es ist sicherlich weiterhin gültig, dass Südafrika eine lebendige Medienlandschaft und eine aktive Zivilgesellschaft hat. Allerdings mehren sich Anzeichen, dass Beschränkun-

gen aufgrund von Gesetzesvorhaben möglich werden könnten.

Der Parteitag des ANC beschloss, den Anteil des Staates an der *South African Broadcasting Corporation* (SABC) von bislang 2% auf über 60% zu erhöhen. Die Opposition sieht in diesem Vorhaben die Gefahr, dass der aufgrund der Besetzung der Leitungsposten ohnehin bereits tendenziell regierungsfreundliche Sender, der drei TV-Programme und neun Radiowellens ausstrahlt, praktisch zu einem Sprachrohr der Regierung wird.

Im Januar berichtete die *Sunday Times* über einen Skandal in einem Krankenhaus in der Provinz Eastern Cape, in den Gesundheitsministerin Manto Tshabalala-Msimang verwickelt war, und erklärte die Ministerin für unfähig, ihr Ministeramt verantwortlich auszuüben. Während eines Treffens mit dem Verband *Print Media South Africa* (PMSA) in den *Union Buildings* am 23. Januar drohte daraufhin der Minister im Präsidialamt, Esop Pajad, damit, dass die Regierung keine Anzeigen mehr in solchen Zeitungen veröffentlichen sollte. Aufgrund des großen Anzeigenvolumens regierungsoffizieller Institutionen würde das nicht zu unterschätzende Konsequenzen für davon betroffene Medien haben. Kritische Kommentare beschäftigen sich neben den ökonomischen Konsequenzen für einzelne Medien mit der Frage, ob diese Aussage aus dem Präsidialamt zu einer Einschüchterung oder gar zur Selbstzensur bei Journalisten führen kann.

Ein *Media Appeals Tribunal* (MAT) soll nach einer Resolution des Parteitages des ANC eingerichtet werden. Die Medien müssten sich demnach in Konfliktfällen, die mit „im öffentlichen Interesse liegend“ begründet werden, gegenüber dem Parlament verantworten. Dieses Instrument ist nicht unproblematisch, da es der Politik die Möglichkeit eröffnen würde, die Medien zur Verantwortung zu ziehen. Fraglich ist, ob das mit der in der Verfassung postulierten Medienfreiheit in Einklang zu bringen ist.

Weitergehend ist jedoch die *Protection of Information Bill*, die sensible Informationen, die dem „nationalen Interessen“ zuwider

SÜDAFRIKA

DR. WERNER BÖHLER

9. April 2008

www.kas.de/suedafrika

www.kas.de

laufen, als Straftatbestand definiert. Unbestritten ist, dass pädophile oder pornographische Darstellungen oder der Aufruf zur Gewalt insbesondere in den modernen Medien unter Strafe zu stellen sind. Allerdings ist die konkrete Definition des „nationalen Interesses“ außerordentlich schwierig und dehnbar. Der *Mail & Guardian* vom 28. März weist bspw. darauf hin, dass die Berichte über den Fall des *National Commissioner of Police*, Jackie Selebi, nicht hätten erscheinen können und die jeweiligen Journalisten möglicherweise mit Gefängnisstrafen bedacht worden wären, wenn dieses Gesetz zu diesem Zeitpunkt bereits bestanden hätte.

Es scheint, dass diese Zusammenhänge auch von der Bevölkerung zunehmend kritisch gesehen werden. Übereinstimmend belegen jüngste Umfragen des *Human Science Research Council* (HSRC) und des *Instituts for Justice and Reconciliation* (IJR), dass das Vertrauen in öffentliche Institutionen deutlich abnimmt. Regierung und das Parlament liegen mit einem Rückgang um jeweils 20% seit 2004 nach der HSRC-Umfrage an der Spitze, gefolgt von den politischen Parteien, die einen Vertrauensverlust von 16% im gleichen Zeitraum verzeichnen. Politische Skandale, Bereicherung der Politiker, das Armutproblem und die hohe Kriminalitätsrate sowie Mangel an service delivery sind nach Aussage der Befragten die ausschlaggebenden Gründe für dieses negative Ergebnis. Besonders bedenklich ist der deutliche Vertrauensverlust der Legislative. Dass die Parteien mit lediglich 27% am Ende der Skala rangieren, akzentuiert diesen Befund. Das IJR kommt schlussfolgernd zu der Feststellung: "More than a crisis in government, it's starting to be a crisis in public attitude towards democracy." Vierzehn Jahre nach dem demokratischen Neubeginn scheint die Bevölkerung ernüchtert und ihr Vertrauen in eine Mehrparteiendemokratie mit einem lebendigen Parlament zu verlieren.

Südafrika hat die Transformation des schrecklichen Apartheidsystems friedlich und erfolgreich bewältigt. Ein demokratisches Südafrika ist entstanden, das vor allem auf der Grundlage der Verfassung und

der Unabhängigkeit des Verfassungsgerichts über nunmehr vierzehn Jahre ein stabiler Anker in der Region ist. Es gilt nun, diese Demokratie weiter zu gestalten. Dabei erscheint es wichtig, erkennbare Fehlentwicklungen aufzuzeigen und einem konstruktiven, politischen Dialog zuzuführen. Unverzichtbar ist eine freie Presse, die Gewährleistung der Gewaltenteilung und eine starke Legislative als Kontrollorgan der exekutiven Gewalt. Dazu bedarf es starker Parteien in einem Mehrparteiensystem. Zur Erreichung dieses Ziels muss an den gegebenen Rahmenbedingungen im politischen Dialog gestaltend gearbeitet werden.